

Erwartungen an den Deutschen Pflergetag 28.09. – 29.09.2023 in Berlin und politische Forderungen des Deutschen Pflegeverbandes e.V.

Im Vorfeld des Deutschen Pflergetages 2023 sieht der Deutsche Pflegeverband mit großer Sorge auf die aktuelle Situation der beruflichen Pflege in Deutschland. Leider haben sich die Hoffnungen in die Ampelkoalition in Berlin bis jetzt ganz und gar nicht erfüllt. Weder im Bereich der Heilkundeübertragung, noch bei der Refinanzierung der Personalaufwendungen in allen Bereichen des Gesundheitswesens ist man einen Schritt vorangekommen.

Verbesserungen bei der Vergütung oder bei den Arbeitsbedingungen führen daher zu höheren Kosten und Eigenbeteiligungen für die Betroffenen. Das führt weiterhin dazu, dass dringend notwendige Leistungen nicht mehr in Anspruch genommen werden können, weil weder die Pflegeunterstützungsleistungen durch die Pflegeversicherung noch die häufig auf Renten angewiesenen Pflegeempfänger ausreichend angepasst werden. Das Wegbrechen von Leistungen führt jedoch u.a. dazu, dass immer mehr Einrichtungen, bei denen die Pflegefachpersonen beschäftigt sind von Insolvenz betroffen sind was nicht zum Aufbau von Vertrauen in einen zukunftsfähigen Pflegeberuf beiträgt.

Der DPV erhofft sich vom Pflergetag, dass es gelingt, den politisch Verantwortlichen, diese gefährliche Misere näherzubringen in der Hoffnung, dass auch der Gesundheitssektor, der stark mit anderen Politikbereichen konkurriert wieder mit hoher Priorität versehen wird. Ohne weitere erhebliche Mittelzuflüsse in das Gesamtsystem haben die pflegebedürftigen und kranken Menschen schon heute verloren. Der DPV bemängelt, dass offensichtlich Einzelschicksale von den politischen Verantwortlichen gar nicht mehr berücksichtigt werden. Der DPV fordert daher von den politischen Verantwortlichen:

- Ein klares Bekenntnis der Regierenden zum priorisierten Unterstützungsbedarf für das gesamte Gesundheits- und Pflegewesen
- Den wesentlich vermehrten Einbezug der Expert/innen der Berufsgruppen die über den Deutschen Pflergerat und die Bundespflegekammer repräsentiert sind
- Wie auch vom Deutschen Pflergerat gefordert, fordern wir eine Pflegebildungsinitiative bei der alle Aspekte der Pflegebildung, akademisch und nichtakademisch aufgegriffen werden
- Kompromisslösungen in der Gesetzgebung können wir uns als Gesellschaft nicht mehr erlauben. Daher sollen alle geltenden Gesetze auf ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit ausgerichtet sein
- Ausreichende Pflege und Gesundheit müssen als Grundrechte definiert werden mit dem Ziel, dass dies gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind. Die Eigenbeteiligungen von Betroffenen müssen wesentlich mehr als bisher von der gesamten Gesellschaft getragen werden.

Vorstand des Deutschen Pflegeverbandes e.V.

Bank